

EURO-KRISE

Distanz zu Zypern

Die Bundesregierung verlangt schärfere Auflagen für Zypern, falls das Land im Januar unter den europäischen Rettungsschirm kommt. Die Regierung mache sich das sogenannte Memorandum of Understanding (MoU) zwischen dem Inselstaat und der Troika aus Europäischer Zentralbank, EU-Kommission und Internationalem Währungsfonds ausdrücklich nicht zu eigen, erklärte Steffen Kampeter, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium (BMF), vergangene Woche im Haushaltsausschuss des Bundestags. Das MoU schreibt fest, welche Ziele das hochverschuldete Zypern als Gegenleistung für Milliardenhilfen erfüllen muss. So soll der zyprische Finanzsektor stärker schrumpfen, und die Gläubiger sollen bei der Rettung von Banken umfangreicher in Anspruch genommen werden als bislang vorgesehen. Auch die Opposition sieht noch offene Fragen. „Wichtig ist beispielsweise eine Erhöhung der Unternehmensteuern“, sagt Priska Hinz, haushaltspolitische Sprecherin der Grünen. „Auch beim Thema Geldwäsche muss es noch Verbesserungen und eine umfassende Bestandsaufnahme geben.“ Das BMF hingegen sieht keine größeren Geldwäscheprobleme in Zypern. Angesprochen auf einen gegenteiligen Bericht des BND (SPIEGEL 45/2012), erklärte das Ministerium, dieser Bericht liege nicht vor – und das obwohl das Kanzleramt dem Bundestag das Geheimdossier bereits vor Wochen übermittelt hatte. Darin warnt der Auslandsgeheimdienst, ein Rettungsprogramm für Zypern schütze russisches Schwarzgeld. „Da weiß die linke Hand nicht, was die rechte weiß“, sagt Carsten Schneider, Chefhaushälter der SPD-Fraktion.

Fischerboote vor Zypern



GETTY IMAGES



Lebkuchenstand in Münster

EBERHARD GRAWES / AGENTUR BILDBERG

LEBENSMITTEL

„Lebkuchen sind Teil deutscher Kultur“



Hermann Bühlbecker, 62, Chef des Aachener Printen-Imperiums Lambertz, über die Zukunft hiesigen Weihnachtsgebäcks

SPIEGEL: Sind Ihre Printen populärer als die Lebkuchen von Bahlsen?

Bühlbecker: Bahlsen ist ein starker Anbieter bei Ganzjahres-Gebäcken, wir sind Marktführer bei den Herbst- und Weihnachtsartikeln. Unsere Lebkuchenprodukte sind in der Weihnachtszeit unverzichtbar. Deshalb stellt sich für uns die Frage des freiwilligen Ausscheidens aus dem Markt gar nicht.

SPIEGEL: Bahlsen wollte die Produktion seines Weihnachtsgebäcks aus Kostengründen einstellen, die Verbraucher sind Sturm gelaufen. Nun backt man

weiter. Hat Sie die Empörung der Kunden überrascht?

Bühlbecker: Nein, denn gerade das Saisonsortiment lebt von der Vielfalt der Artikel und Marken. Auch wir hätten es sehr bedauert – wie viele Verbraucher – wenn sich Bahlsen als starke Marke verabschiedet hätte. Printen und Lebkuchen sind Teil deutscher Kultur ...

SPIEGEL: ... der sich für Bahlsen offenbar nicht lohnte. Oder war das strategische Heckmeck ein Marketing-Trick?

Bühlbecker: Nein, Bahlsen ist ein seriöser Mitbewerber. Der Marktanteil erschien dem Unternehmen nicht groß genug in einem umkämpften Wettbewerbsumfeld, in dem gute Qualität zu vergleichsweise günstigen Preisen angeboten wird. Ich freue mich, dass der Konzern uns als Konkurrent erhalten bleibt.

JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT

Eingeschränkt zufrieden

Die Bundesregierung ist mit der Euro-Rettungspolitik nur eingeschränkt zufrieden. Das geht aus dem Entwurf für den neuen Jahreswirtschaftsbericht hervor, den das Bundeskabinett Mitte Januar beschließen will. Die notleidenden Länder Griechenland, Portugal, Irland und Spanien hätten zwar „den richtigen Weg eingeschlagen“, heißt es dort, aber: „Ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessert sich – mit Ausnahme von Irland – nur langsam.“ In den vier Ländern sinken zwar die Lohnstückkosten, ein Maßstab für Konkurrenzfähigkeit.

Die Entwicklung sei indes „zu einem großen Teil dem Beschäftigungsabbau zuzuschreiben“. Wenn viele Mitarbeiter entlassen werden, bleiben nur die produktivsten übrig, was die Lohnstückkosten sinken lässt. Die Experten des Bundeswirtschaftsministeriums, das den Bericht federführend erstellt, sehen jedoch auch positive Entwicklungen. „Neben den Haushaltsdefiziten sanken auch die Leistungsbilanzdefizite der Krisenländer“, heißt es in dem Entwurf. In Irland, Portugal und Spanien sei dies zu einem erheblichen Teil auf höhere Exporte zurückzuführen. In Griechenland hingegen verbesserte sich die Handelsbilanz, „weil eine schwache Binnennachfrage die Importe dämpfte“.